

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Evaluierung der deutschen Beteiligung an ISAF und des deutschen und internationalen Engagements für den Wiederaufbau Afghanistans seit 2001

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die internationale Staatengemeinschaft bemüht sich seit acht Jahren um eine Stabilisierung Afghanistans, um sicherzustellen, dass das Land nicht wieder zum sicheren Hafen für al Qaida wird und um einen Wiederaufbau des Landes nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg zu unterstützen. Das internationale Engagement in Afghanistan befindet sich in einer kritischen Phase mit offenem Ausgang. Beträchtliche regionale Unterschiede sind sowohl bei der Sicherheit wie beim zivilen Wiederaufbau unübersehbar. In weiten Teilen Afghanistans wurden die anfänglichen Erfolge nicht hinreichend gesichert und die Sicherheitslage hat sich erneut verschlechtert. Insbesondere der Aufbau der afghanischen Polizei kommt nur schleppend voran. Auch beim Wiederaufbau lassen sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung bilanzieren. Im Aufbauprozess, etwa im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen oder beim Ausbau der Infrastruktur, sind zwar trotz immer noch vorhandener Koordinierungsprobleme Fortschritte und Erfolge zu verzeichnen, doch die bisherigen Erfolge sind im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln nicht zufriedenstellend. Der Aufbau politischer Institutionen wird durch Korruption, übertriebenen Zentralismus, Vetternwirtschaft und eine auf die Drogenökonomie gestützte Schattenwirtschaft erheblich behindert und verläuft äußerst schleppend. Mit den Begleitumständen der afghanischen Präsidentschaftswahlen wurde zudem der politische Prozess zurückgeworfen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat nicht nur den Einsatz in Afghanistan von finanziellen, materiellen und militärischen Ressourcen über die Jahre kontinuierlich erweitert, sondern ihr Engagement mehrfachen Veränderungen (oder Revisionen) unterzogen und die Strategie an aktuelle Entwicklungen angepasst. Trotz neuer Konzepte und mehr Mitteln konnte ein nachhaltiger Gesamterfolg bisher nicht erzielt werden, auch weil man sich den veränderten Bedingungen zu spät und nicht ausreichend gestellt hat. Zudem wurde die Frage nach den Bedürfnissen der afghanischen Bevölkerung häufig vernachlässigt. Mit der internationalen Konferenz in London Ende Januar 2010 wurde ein grundlegender Strategiewechsel im Sinne einer Übertragung der Verantwortung an die Afghaninnen und Afghanen und eine deutliche Erweiterung des zivilen wie des militärischen Engagements mit dem Ziel beschlossen, den militärischen Einsatz in einigen Jahren zum Ende zu führen. Die Verantwortung für die Sicherheit des Landes soll in einem überschaubaren Zeitraum Zug um Zug in die Hände der afghanischen Regierung gelegt werden.

Um den begonnenen Neuansatz im Vorfeld kommender Mandatsentscheidungen fundiert beurteilen zu können, ist eine systematische Evaluierung und Wirksamkeitsanalyse des bisherigen deutschen diplomatischen, militärischen, entwicklungspolitischen und polizeilichen Engagements in Afghanistan unter Beurteilung der Gesamtlage erforderlich. Eine solche umfassende Evaluierung steht bis heute aus. Wie aussichtsreich der Ende Januar 2010 beschlossene Neuansatz ist, muss im Lichte der Defizite und Erfahrungen der Vergangenheit geklärt und mit Blick auf die intendierte Abzugsperspektive beurteilt werden. Angesichts der hohen Komplexität der Problemlage, die durch die Verwicklung politischer, religiöser, ethnischer und regionaler Konflikte, durch Korruption, Drogenhandel usw. gekennzeichnet ist, ist eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung und Evaluierung erforderlich. Die Evaluierung soll eine unabhängige Grundlage hergeben, auf der künftige Mandatsentscheidungen beurteilt und aus der wichtige Lehren für die Fähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft und der Vereinten Nationen zur multilateralen Friedenssicherung in der Zukunft zu ziehen sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- umgehend eine kontinuierlich angelegte, unabhängige, wissenschaftliche Evaluierung des bisherigen Engagements seit 2001 und insbesondere der Auswirkungen des begonnenen Neuansatzes zu beauftragen;
- ein erstes Zwischenergebnis dem Deutschen Bundestag bis Mitte Dezember 2010 als Bericht zuzuleiten, um die Ergebnisse in die Anfang 2011 anstehende Entscheidung über eine weitere Verlängerung des ISAF-Mandates einfließen lassen zu können;
- den Deutschen Bundestag in regelmäßigen Abständen, spätestens vierteljährlich, über den Fortgang der Untersuchung zu unterrichten.

Die wissenschaftliche Evaluierung soll Folgendes leisten:

1. Eine Bilanz des bislang Erreichten anhand quantitativer und qualitativer Indikatoren in den Bereichen:
 - a) ziviler Wiederaufbau mit Schwerpunkt in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen wie Wasser und Energie, Gleichstellung der Frauen, Entwicklung der Zivilgesellschaft und Einhaltung der Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung inklusive des ländlichen Raumes;
 - b) Aufbau staatlicher und politischer Institutionen auf zentraler und regionaler Ebene (Regierung, Parlament, Verwaltung, Justiz), Einbindung traditioneller Strukturen in Governance (Loya Jirgas), Reintegrations- und Versöhnungsanstrengungen, Entwicklung der Sicherheit in den unterschiedlichen Regionen des Landes, militärisches Vorgehen der internationalen Truppen, Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte ANA und ANP, Partnering mit der ANA.
2. Eine Analyse der Wirksamkeit bzw. der Defizite im Hinblick auf die zum Einsatz gebrachten Instrumente und Verfahren in folgenden Bereichen:
 - a) Einsatz der Bundeswehr: Angemessenheit der Ressourcen, strategischer Ansatz (PRT-Konzept, ZMZ), Wirkung von Einsatzbeschränkungen (caveats, regionale Beschränkungen);
 - b) ziviler Wiederaufbau: regionale Allokation der Wiederaufbaumittel, funktionale und thematische Schwerpunkte, Abfluss von Projektmitteln, Kompensationsfähigkeit der afghanischen Regierung und der nationalen wie internationalen Hilfsorganisationen;

- c) nationale und internationale Koordinierung und Kohärenz im zivilen und militärischen Bereich: Abstimmung innerhalb der zuständigen Ressorts der Bundesregierung, Koordinierung der Aktivitäten der zuständigen Ressorts vor Ort in Afghanistan, internationale Koordinierung des zivilen Wiederaufbaus, Rolle der Vereinten Nationen und der UNAMA, NATO-interne Strategieentwicklung, Koordinierung des ISAF-Einsatzes;
- d) Einbindung und Umgang mit den afghanischen Nachbarstaaten.

Als Ergebnis der Untersuchung soll erkennbar werden, inwieweit der begonnene Neuansatz in Afghanistan Veränderungen in bislang defizitären Bereichen erbracht hat und welche weiteren Anpassungen der Strategie für erforderlich erachtet werden. Aufbauend auf eine solche Evaluierung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, künftig quartalsweise fortlaufend über die Zielerreichung zu berichten.

III. Der Deutsche Bundestag setzt eine Kommission ein, die die wissenschaftliche Evaluierung begleitet und politische Handlungsempfehlungen erarbeitet. Sie soll zudem die gesellschaftliche Diskussion zum Engagement in Afghanistan vertiefen und eine sog. Scharnierfunktion für gesellschaftliche Gruppen wahrnehmen.

Die Zwischenergebnisse der Evaluierung werden im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Deutschen Bundestages präsentiert.

Der Kommission gehören 14 Personen an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt fünf Mitglieder, die Fraktion der SPD drei Mitglieder, die Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benennen je zwei Mitglieder. Für jedes Mitglied kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden.

Berlin, den 8. Juni 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

